

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu der Mitteilung der Landesregierung vom

19. September 2017

– Drucksache 16/2671

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2016 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 24: Vergabe beim Landesstraßenbau

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 19. September 2017 – Drucksache 16/2671 – Kenntnis zu nehmen.

19. 10. 2017

Der Berichterstatter:

Winfried Mack

Der Vorsitzende:

Rainer Stickelberger

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 16/2671 in seiner 20. Sitzung am 19. Oktober 2017.

Der Berichterstatter wies darauf hin, die parlamentarische Behandlung des Denkschriftbeitrags aus dem Jahr 2016 zum Thema „Vergabe beim Landesstraßenbau“ könne als erledigt betrachtet werden, indem der Ausschuss dem Plenum empfehle, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/2671, Kenntnis zu nehmen.

Er rege allerdings noch an, dass der Rechnungshof eine Beratende Äußerung zum Thema „Grad der Digitalisierung in der Straßenbauverwaltung“ erarbeite und dabei u. a. auch auf die Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen eingehe. Er sehe in diesem Zusammenhang durchaus Optimierungsmöglichkeiten und sei an einer konstruktiven Begleitung interessiert.

Ein Abgeordneter der CDU führte an, seine Fraktion halte die vom Berichterstatter vorgebrachte Anregung für sinnvoll und trage diese mit.

Eine Abgeordnete der Grünen hob hervor, auch ihre Fraktion unterstütze die Anregung des Berichterstatters.

Die Vizepräsidentin des Rechnungshofs dankte für die Anregung und merkte an, über sie müsse der Rechnungshof intern beraten.

Schließlich empfahl der Ausschuss dem Plenum ohne Widerspruch, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/2671, Kenntnis zu nehmen.

25. 10. 2017

Winfried Mack